
Der Optimist

Der grüne Nationalrat Bastien Girod ist einer der einflussreichsten Klimapolitiker des Landes. Er glaubt an technische Lösungen und daran, dass das Gute gewinnt. Aber was, wenn das Klimaschutzgesetz scheitert?

Von Christoph Keller (Text) und Gregory Gilbert-Lodge (Illustration), 09.06.2023



Bastien Girod wohnt in einer Neubausiedlung am Zürcher Stadtrand, Minergiestandard, autofrei, zurückhaltende Architektur. Und so ist auch das Siedlungscafé, in dem wir uns treffen: dezent gestylt, modern und doch behaglich. Draussen spielen Kinder, hinter der Tramstation fängt der Wald an, von fern rauscht eine Autobahn.

Girod betritt das Café, im elegant geschnittenen Hemd, setzt sich quer auf den Stuhl und sagt über seinen Wohnort: «Die Siedlung hier ist so etwas wie eine Oase der Vernunft im Meer der Ignoranz.»

Der Nationalrat der Grünen wird den Spruch mit dem «Meer der Ignoranz» in unserem Gespräch noch oft brauchen.

Architekt des Klimaschutzgesetzes

Bastien Girod, promovierter Umweltnaturwissenschaftler, arbeitet als Managing Director Europe bei South Pole, einer international tätigen Firma, die unter anderem Klimazertifikate ausstellt. Er ist Vater von zwei Kindern, verheiratet mit der Unternehmerin und Journalistin Ellen Girod. Er war Greenpeace-Aktivist, sass deswegen auch mal eine Nacht im Gefängnis, Girod liess sich nackt ablichten (wobei er nicht wirklich nackt war), um gegen die Durchsuchungspraxis im Zürcher Untersuchungsgefängnis zu protestieren. Er hat die Offroader-Initiative lanciert und mit ihr das Thema Ressourceneffizienz.

Bastien Girod glaubt, dass er möglicherweise das Gen für besonders kämpferische Naturen in sich trägt.

Am linken Unterschenkel hat er sich ein Motiv der Maori tätowieren lassen, es soll ihm Kraft geben. Er liebt den Film «Gladiator», weil sich der Held da immer wieder aus hoffnungslosen Situationen befreit; und doch zeigt sich Bastien Girod auf Social Media, wie er beim Kitesurfen immer wieder kolossal scheitert. («Die Wende muss ich noch üben.»)

Er sagt von sich, dass er diesen «sich selbst schützenden Optimismus» besitze, der «dann und wann unterbrochen wird durch den Realitätsschock».

Die Abstimmung über das CO₂-Gesetz war so ein Realitätsschock. Man habe sich damals ein Stück weit von einer grünen Welle tragen lassen, unter dem Eindruck der grossen Klimademos, vom «Thunberg-Effekt», sagt Girod. Man hatte nach den Wahlen 2019 ein grüneres Parlament und wollte möglicherweise zu viel. Das CO₂-Gesetz wäre, international gesehen, ein Vorreitergesetz gewesen, sagt Girod, der damals der Umweltkommission des Nationalrats vorsass.

Dass das Gesetz scheiterte, habe viele Gründe, aber einer sei die «Schweizer Permissivität», also der Hang dazu, nicht hinzuschauen und nichts zu tun. «Zu meinen, es passiert schon nichts, weil man ja im reichsten Land der Welt lebt. Und dann passieren die Dinge trotzdem, wie bei der Credit Suisse.»

Girod sagt aber, er wolle nicht zurückschauen. «Ich schaue immer nach vorne. Um es militärisch auszudrücken: Ich schaue immer in die nächste Geländekammer.»

Also nahm Girod auch mit dem CO₂-Gesetz einen neuen Anlauf. Er organisierte ein Treffen im Zürcher Technopark mit Ständerat Ruedi Noser (FDP), einem der wenigen bürgerlichen Unterstützer der Gletscherinitiative, und Michèle Andermatt, der Co-Kampagnenleiterin der Gletscherinitiative. Einziges Traktandum: die Eckpunkte für ein neues Gesetz formulieren, das als indirekter Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative in die Räte eingebracht werden könnte; die Bepreisung von CO₂, also das leidige Thema der Abgaben, sollte dann in der nächsten Revision des CO₂-Gesetzes gelöst werden.

Die drei einigten sich auf fünf zentrale Punkte für das neue Gesetz. Erstens das Ziel Netto null bis 2050, zweitens die Sanierung von Gebäuden, drittens klare Absenkpfade, viertens Netto null für die Bundesverwaltung bis 2040, fünftens die Innovationsförderung als klares Ziel der Bundespolitik.

Noser sollte den neuen Vorschlag im Ständerat einbringen, Girod im Nationalrat, und Andermatt würde beim Initiativkomitee sondieren, unter welchen Bedingungen es die Initiative zurückziehen würde.

Der Gesetzesentwurf, formuliert als indirekter Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative, wurde innerhalb von nur gerade zwei Monaten ausgearbeitet. Fünf Monate später stimmte das Parlament (bis auf die SVP) zu, und das Initiativkomitee beschloss, die Initiative zurückzuziehen. Ruedi Noser sagt, dass ihn und Bastien Girod eines verbinde: Sie seien beide Ingenieure und deshalb «lösungsorientiert» und «nicht ideologisch». Dabei nehmen sie in Kauf, dass das Klimaschutzgesetz, das jetzt zur Abstimmung steht, die Schweiz noch nicht auf Kurs mit dem Pariser Klimaabkommen bringt. Dafür brauche es, sagt Ruedi Noser, weitere Massnahmen, unter anderem die Bepreisung von CO₂ und neue Regeln für den Emissionshandel. Aber es sei ein Schritt in die richtige Richtung, was in der Schweiz ja schon viel bedeute.

Bastien Girod sagt: «Mich belastet das, zu wissen, dass wir bis 2030 unsere Emissionen halbieren müssen, und es geschieht viel zu wenig. Es bedrückt mich, wenn ich mir überlege, was passiert, wenn wir scheitern. Dann riskieren wir den Eintritt vieler Kipppunkte im Klima, und wir vererben künftigen Generationen eine Erhöhung des Meeresspiegels um zehn Meter.»

«Dennoch», entgegne ich, «glauben Sie fest daran, dass wir das in den Griff kriegen.»

«Ja, das ist eine mentale Überlebensstrategie, dass man auf das Machbare fokussiert und sich nicht den Luxus erlaubt, zu sagen, okay, jetzt machen wir einfach nichts mehr. Und es ist ja tatsächlich so, dass wir immer noch weitere *tipping points* verhindern können, noch schlimmere Auswirkungen.»

«Andere sind alarmierter, sie kleben sich auf die Strasse.»

«Ich glaube, das bringt uns nicht weiter. Damit kulpabilisieren wir die Menschen, wir geben ihnen zu verstehen, dass sie einen Fehler machen, wenn sie mit ihrem Auto unterwegs sind, das vielleicht sogar ein besonders sparsames ist. Es muss ein Kampf sein fürs Klima, und zwar mit der Bevölkerung und nicht gegen sie. Wir müssen Mehrheiten gewinnen und die Unternehmen in die Pflicht nehmen, also wenn schon, dann sollen die Aktivistinnen und Aktivisten sich an Erdöltanker kleben.»

Anschlussfähig nach allen Seiten

Bastien Girod stammt aus einer bürgerlichen Familie, der Vater Arzt, die Mutter Sozialarbeiterin, behütete, stabile Verhältnisse. Eintritt in die Steiner-Schule, wo Ganzheitliches, manchmal Grenzwertiges gelehrt wird, Bastien Girod geht rudern, entdeckt im Vierer seinen Kampfgeist. An der ETH lernt er das Denken in Szenarien, er doktoriert zur Frage, wie sogenannte Reboundeffekte in die Berechnung von Ökobilanzen integriert werden können. Seinen Executive MBA schliesst er mit der Note 5,8 ab, es steht alles in seinem Lebenslauf.

Bastien Girod sammelt Erfolge wie Punkte beim Tetris, seine politische Karriere sieht er wie eine mathematische Zahlenreihe: zuerst Gemeinderat in Zürich, dann Nationalrat, dann Rückschlag bei der Kandidatur für den Ständerat – aber angepeiltes Endresultat ist und bleibt, dass Bastien Girod der erste grüne Bundesrat wird (mit diesem Gedanken hat er mehrmals geliebäugelt).

Der ständige Wink mit dem Erfolg, sein ausgesprochener Pragmatismus, seine nüchterne, aber freundliche Art, seine grundsolide Ausbildung an der ETH, das alles macht ihn anschlussfähig, nach allen Seiten. Themen wie Klimagerechtigkeit oder Suffizienz, also Genügsamkeit, kommen bei Bastien Girod bestenfalls auf Nachfrage vor; die Klimakrise ist für ihn ein Problem der Tonnen, der Celsiusgrade, der Sparkoeffizienten.

Deshalb bezieht Bastien Girod auch eine der umstrittensten Technologien wie selbstverständlich in seine Überlegungen mit ein: die Möglichkeit, CO₂ aus der Atmosphäre zu entfernen und sicher einzulagern. Das sogenannte *carbon capture and storage* sieht er vor allem dort als eine Chance, wo die grössten Produzenten von CO₂ im Lande am Werk sind, bei der Verbrennung von Kehrrecht.

Bastien Girod ist Präsident des Verbands der Betreiber Schweizerischer Abfallverwertungsanlagen. Deren 29 Kehrrechtverbrennungsanlagen pusteten rund 4,2 Millionen Tonnen CO₂ in die Luft. Pro Jahr. Das ist weit mehr als alle anderen Industriezweige im Land und macht etwa 10 Prozent des landesweiten Ausstosses an CO₂ aus.

Nicht einfach, dieser riesigen Menge an CO₂ beizukommen im reichsten Land der Welt, das Jahr für Jahr mehr Müll produziert und verbrennt. Eine Möglichkeit wäre gewesen, das Recycling zu forcieren, wie das andere Länder tun, eine andere, den Müll teurer zu machen, damit die Menschen weniger auf die Strasse stellen (und auch die Wirtschaft weniger produziert).

Doch Bastien Girod ist, in Vertretung der 29 Kehrrechtverbrennungsanlagen, einen anderen Weg gegangen.

Er hat mit dem Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) einen exklusiven Vertrag abgeschlossen, der die Anlagen im Vergleich zu anderen Industriezweigen grosszügig bevorzugt. Erstens ist im Vertrag festgeschrieben, dass sie bis spätestens 2050 auf null Emissionen kommen. Zweitens soll dies aber nicht durch die Reduktion des Ausstosses von CO₂ geschehen, sondern mit der Technologie des *carbon capture and storage*, des Ausfilterns von CO₂ mit anschliessender Deponierung in unterirdischen Kavernen; und drittens haben sich die Betreiberinnen der Kehrrechtverbrennungsanlagen verpflichtet, mit einer Pilotanlage bis 2030 gerade mal 100'000 Tonnen CO₂ aus den Schloten rauszufiltern und sicher einzulagern, einen Bruchteil des gesamten Ausstosses.

Ob das überhaupt realistisch ist, zieht ausgerechnet Robin Quartier in Zweifel, der Geschäftsführer des Verbands der Betreiber Schweizerischer Abfallverwertungsanlagen. Er lässt sich in der Zeitschrift «Surprise» mit den Worten zitieren, man sei zwar technisch in der Lage, das CO₂ in den Kaminen abzuscheiden, aber man wisse nicht, wohin damit; es sei unsicher, ob es überhaupt Kapazitäten gebe, um das CO₂ tief unter der Nordsee in Kavernen zu deponieren. Man wisse nicht einmal, ob man die Millionen Tonnen CO₂ mit einer Pipeline bis in die Nordsee führen könne, und man habe auch «keine Ahnung, was das kostet».

Aber Bastien Girod, locker auf seinem Stuhl im Café sitzend, lässt sich durch die Aussagen seines Geschäftsführers nicht beirren: «Es geht doch

einfach grundsätzlich darum, dass wir die Emissionen runterbringen, weil es zu viel CO₂ in der Luft hat und die Kehrlichtverbrennungsanlagen viel dazu beitragen. Deshalb haben wir den Fahrplan so festgelegt mit dem Vertrag, den wir mit Bundesrätin Simonetta Sommaruga geschlossen haben.»

«Der Vertrag beruht auf der Annahme, dass man eines Tages das ganze CO₂ der Anlagen in unterirdischen Kavernen einpressen kann», wende ich ein. «Nur sind diese Kavernen von Northern Lights, einer Anlage in der Nähe von Bergen in Norwegen, bereits voll, obwohl der Bau noch nicht einmal begonnen hat. Ausserdem wollen alle ihr CO₂ da deponieren, von Shell bis zu ganzen Städten und Industriezweigen.»

«Dann müssen wir eben auf andere Kavernen ausweichen, auf andere Lagermöglichkeiten», sagt Girod. «Die gibt es zur Genüge, das habe ich mit Kollegen an der ETH diskutiert. Und die Technologie entwickelt sich, das Abscheiden von CO₂ ist keine Raketenwissenschaft. Schön ist das nicht, dass man CO₂ abscheiden und einlagern muss, aber hätte man vor dreissig Jahren auf die Grünen gehört, wären wir nicht so weit.»

«Ihr Credo lautet: Lieber CO₂ abscheiden und einlagern, als Müll zu vermeiden?»

«Nein, natürlich müssen wir Müll reduzieren, aber es gibt so viel Abfall, der nicht sinnvoll recycelbar ist, Bauschutt und komplexe Produkte. Zum Beispiel Skis, die künstliche Intelligenz drin haben oder seltene Metalle. Das müssen Sie irgendwie verarbeiten, im Ofen verbrennen und dann die seltenen Metalle rausnehmen. Und beim Plastikrecycling können wir auch nur 30 Prozent stofflich verwerten.»

«Immer diese Sachzwänge», sage ich.

«Ich suche nach Inseln der Lösungen», sagt Girod. «Aber ich wünsche wirklich, es würden Kontinente daraus.»

Bastien Girod gehörte zu den Leuten, die den Anstoss gaben dafür, dass die Kreislaufwirtschaft im Schweizer Umweltrecht verankert wird. Dafür hat er als Präsident der Umweltkommission des Nationalrats gekämpft, hat er Brücken gebaut zur Mitte und einmal mehr die FDP mitgezogen. Girod, der noch immer beim selben Kaffee sitzt und jetzt genauso sachlich, wie er vorher die Einlagerung von CO₂ im Untergrund verteidigt hat, über die Klimabilanz von pflanzlich hergestellten Joghurtbechern im Vergleich zu Mehrwegbechern unter Berücksichtigung des geringeren Gebrauchs referiert. Zwischendurch hält er inne und sagt Sätze wie:

«Ich glaube fest daran, dass das Gute gewinnt.»

Oder: «Es ist einfach meine Rolle, dass ich zuversichtlich bin.»

Oder: «Wer kämpft, hat Narben.»

Er spricht, als könnte ihn nichts beirren, als kreise er auf vorgegebener Bahn. Und aus der lässt er sich auch nicht werfen, als wir auf ein weiteres heikles Thema zu sprechen kommen, auf seine Arbeit als Managing Director Europe bei South Pole.

Im Strudel der Skandale

South Pole wurde mitgegründet von Renat Heuberger, den das WEF einst zum «Social Entrepreneur of Switzerland» kürte. Und heute hat South Pole ein größeres Problem. Denn das Unternehmen (Slogan: «From ambition to

action») gerät gerade tief in einen Strudel von Skandalen rund um sein Kernbusiness: die Kompensation von CO₂.

South Pole berät nicht nur Firmen, wie sie ihren CO₂-Abdruck durch reale Massnahmen reduzieren können (die Autoflotte elektrifizieren, Flugreisen eindämmen, die Wertschöpfungskette klimaneutral machen). Die Firma bietet auch ein breites Portfolio an Projekten, mit denen Firmen ihren CO₂-Ausstoss «kompensieren» können.

Es werden Plastikvermeidungsprojekte in Indien angeboten, Biogasanlagen in Thailand, Windprojekte auf Neukaledonien zur Kompensation von CO₂, vor allem aber auch Projekte zur Konservierung von Wäldern. Und die haben es in sich.

Wie wir heute dank Recherchen der «Zeit» und des «Guardian» wissen, sind 90 Prozent der untersuchten Kompensationsgeschäfte «wertlos»: Sie bringen keine Reduktion von CO₂. Die Recherchen haben auch ergeben, dass andere Projekte wie die Waldprojekte «überbewertet» seien, dass aus ihnen viel mehr CO₂-Zertifikate herausgezogen würden, als die Wälder real als Senken leisteten. Konkret: mindestens das Doppelte, und das alles trifft insbesondere auf das Projekt Kariba in Zimbabwe zu, ein Waldgebiet fast viermal so gross wie der Kanton St. Gallen.

Die Annahme, die auch beim Waldgebiet von Kariba zugrunde liegt, ist immer dieselbe: dass die lokale Bevölkerung den Wald früher oder später abholzen würde. Diese (im Übrigen sehr neokoloniale) Unterstellung wird vom Zertifizierungskonzern Verra mit Sitz in Washington D.C. in CO₂ umgerechnet, nach dem Motto: Der Erhalt dieses Waldes spart so und so viel CO₂. Die Ersparnis an CO₂ ergibt sich aus der Differenz zwischen der unterstellten Zerstörung und dem Erhalt des Waldes; je grösser das Waldgebiet und je umfangreicher die projizierte Zerstörung, desto mehr Zertifikate können verkauft werden.

South Pole hat sehr viele Zertifikate aus Kariba verkauft: an grosse Kunden wie Nestlé, Gucci oder das Filmfestival von Cannes. Die Zertifikate wurden selbst dann noch verkauft, als interne Untersuchungen ergaben, dass das Projekt Kariba auf beinahe das Dreifache überbewertet war, wie Recherchen der Investigativplattform «Follow the Money» ergaben. Für die internationalen Grosskunden bedeutete das einen schweren Reputationsschaden, ihre Klimaschutzstrategien rochen mit einem Mal nach Greenwashing; schleunigst stiegen sie aus dem Projekt aus, für South Pole ein Riesen-schaden.

Doch Bastien Girod zieht in unserem Café ein Blatt Papier hervor und zeichnet die «Baseline» auf für ein Projekt wie das von Kariba – die «Baseline» ist die erwartete, angenommene (aber nicht reale) Zerstörung des Waldes – und erläutert, dass auf dieser Basis gerechnet werde.

Ich wende ein, dass real kein Kilo CO₂ eingespart werde, weil das Ganze nur auf der Annahme beruhe, dass der Wald gerodet werde. «Ich war in einem Projekt in Moçambique», sagt Girod. «Und da haben wir gesehen, dass die Einsparung von CO₂ real ist, konkret. Weil die Gelder der Bevölkerung zugutekommen, die müssen dann den Wald nicht mehr abholzen, und ich muss schon sagen, dass das um viele Faktoren besser ist, als wenn man alte Baumbestände abholzt und dann neue pflanzt. Aufforstungen, das haben viele Studien gezeigt, bringen weniger als der Erhalt von bestehendem Wald, weil bei neuen Forsten die Biodiversität rasant schwindet, das sind oft Monokulturen.»

«Sinnvoll wäre, die bestehenden Wälder zu erhalten und gleichzeitig biodivers aufzuforsten», wende ich ein.

«Richtig, es geht darum, die Kapazitäten des Ökosystems, CO₂ aufzusaugen, zu vergrössern, weil noch immer rund die Hälfte des von der Menschheit produzierten CO₂ in den Ökosystemen aufgesaugt wird», sagt Girod.

«Es hilft den Ökosystemen aber nichts, wenn Firmen wie South Pole nutzlose Zertifikate ausstellen wie in Kariba», insistiere ich.

«Die Zertifikate waren alles andere als nutzlos, so wurde der Urwald in der Projektregion nicht abgeholzt, im Unterschied zum Umland. Doch sind die Prognosen davon ausgegangen, dass Robert Mugabe an der Regierung bleibt und seine Politik, welche das Abholzen förderte, weitergeführt wird. Seine Abwahl konnte niemand voraussehen. Die Berechnungen werden aber neu gemacht, und wo zu viele CO₂-Zertifikate ausgestellt wurden, wird das korrigiert. Auch wird die Methode angepasst. So geht das, man lernt aus den Fehlern, und folglich werden jetzt die Projekte alle sechs Jahre überprüft und nicht mehr nur alle zehn Jahre.»

Bastien Girod betont, dass das System der Kompensationszahlungen grundsätzlich funktioniere, und es helfe niemandem, wenn Firmen jetzt reihenweise absprängen, wenn Projekte sistiert würden, wenn der Präsident von Zimbabwe, Emmerson Mnangagwa, sein Land für Kompensationsgeschäfte sperre. Das System sei allerdings erst wirklich wirksam ab einem Preis von 200 Dollar pro Tonne CO₂, erst dieses Preisniveau bilde die externen Kosten der Belastung der Atmosphäre wirklich ab; erst dann sei die Schmerzgrenze erreicht, die Unternehmen dazu zwingt, ihre Emissionen drastisch zu reduzieren. Damit man so weit komme, brauche es keine gesetzlichen Vorgaben, sondern Druck von Nichtregierungsorganisationen und auch von der Klimabewegung.

Nur einmal verliert Girod die Contenance

So sieht die Klimazukunft der Schweiz in der Vorstellung von Bastien Girod aus: die technische Reduktion von CO₂ in allen Bereichen plus die Einlagerung von CO₂ im Boden mit viel Technik plus der Ausbau (nicht der Rückbau) des Kompensationsgeschäfts.

Diese Zukunft ist auch im Klimaschutzgesetz so eingeschrieben, mit den Zielen, die in Artikel 1 festgelegt sind. Nicht im Gesetz steht, mit welchen Mitteln diese Ziele erreicht werden sollen; das wird bei der erneuten Revision des CO₂-Gesetzes im Herbst diskutiert, wenn es, einmal mehr, um die Höhe der Abgaben auf CO₂ gehen wird. Kernstück dieser zweiten Auflage des CO₂-Gesetzes ist der Nachvollzug des Tempos, das die EU mit ihren Klimazielen vorgibt; und das wird zu reden geben.

Bastien Girod zeigt keine Anzeichen von Müdigkeit, auch nach zwei Stunden Gespräch bleiben seine Antworten wortreich, ausführlich.

Nur als ich ihn frage, was denn wäre, wenn das Klimaschutzgesetz an der Urne durchfiele, verliert er einen Moment lang die Fassung: «Dann weiss ich echt nicht mehr weiter, wirklich. Dann muss ich davon ausgehen, dass dieses Land in einem Meer der Ignoranz bleiben will. Dann sind wir nicht mehr Teil der Lösung, und wir können nur noch hoffen, dass die EU weiterhin das Tempo vorgibt.»

Ich sage: «Sie können sich eine Ablehnung gar nicht vorstellen.»

«Nein, nicht wirklich. Denn das hiesse, dass eine Mehrheit in diesem Land es akzeptiert, den eigenen Kindern eine Welt zu hinterlassen, die von Hitze-
wellen heimgesucht wird, wo die Meeresspiegel um zehn Meter ansteigen
und wo es zu sozialen Kämpfen kommen wird, die wir uns noch gar nicht
vorstellen können.»

Zum Autor

Christoph Keller ist freischaffender Reporter, Autor und Moderator. 2019
veröffentlichte er die Reportagen- und Essaysammlung «Benzin aus Luft.
Eine Reise in die Klimazukunft».